

SVP zur Sicherheitspolitik : Sicherheit und Wohlstand für Land und Leute

Autor(en): **Brunner, Toni**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-583233>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

SVP zur Sicherheitspolitik: Sicherheit und Wohlstand für Land und Leute

Wohlstand, Unabhängigkeit und Freiheit sind ohne Sicherheit nicht denkbar. Nur ein Land, welches in die Sicherheit investiert, hat Erfolg und zieht Investoren an. Mit der WEA sollten die Mindestausgaben für die Armee im Militärgesetz festgeschrieben werden. Die volkswirtschaftliche Analyse zeigt, dass ein Grossteil dieser Ausgaben zurückfliesst.

Toni Brunner

Die Schweizerische Bundesverfassung sieht vor, dass Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Sicherheit des Landes und den Schutz der Bevölkerung zu sorgen haben. Dass die Schweiz eine Armee hat, ist ebenso festgehalten, wie die Tatsache, dass diese nach dem Milizprinzip organisiert ist. Sie dient der Kriegsverhinderung und trägt zur Erhaltung des Friedens bei und verteidigt Land und seine Bevölkerung. In Ausnahmefällen kann sie auch zur Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit beigezogen werden. Die oft gestellte Frage, ob die Schweiz eine Armee brauche, kann somit nicht gestellt werden. Die Verfassung verpflichtet die Schweiz, eine Armee zu führen, um die erwähnten Ziele zu erreichen. Solange die Verfassung diesen Auftrag gibt, erübrigt sich die Diskussion über die Frage: «Armee ja oder nein!»

Wie bewältigt die Armee sicherheitspolitische Herausforderungen?

Die Armee muss sich laufend den neuen Bedrohungsformen anpassen. Die Möglichkeit eines militärischen Angriffs durch einen anderen Staat ist seit Ende des Kalten Krieges markant gesunken. Andererseits ist ein solcher nicht absolut auszuschliessen. Zugenommen hat die Gefahr, welche von nicht-staatlichen Akteuren ausgehen kann. Die meisten kriegerischen Auseinandersetzungen werden derzeit nicht zwischen Nationalstaaten ausgetragen, sondern zwischen nicht-staatlichen Gruppierungen oder zwischen einem

Nationalstaat und verschiedenen nicht-staatlichen Gruppierungen, welche sich nicht an das Kriegsvölkerrecht halten. Für die Schweizer Armee stehen heute – neben der Verteidigung im Kriegsfall – folgende Bedrohungen/Aufgabenfelder im



Toni Brunner

Nationalrat SVP, Kanton Sankt Gallen
Landwirt

Militärischer Grad: Korporal

Aktuelle Parlamentsmandate:

- Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK-NR)
- Delegation für die Beziehungen zum Landtag des Fürstentums Liechtenstein (Del FL-V)

Vordergrund: Abwehr von Cyber-Attacken, Verhinderung von Terroranschlägen, Katastrophenhilfe, Unterstützung der zivilen Grenzwaache bei grossen Einwanderungsströmen, Unterstützung der zivilen Polizei, Bewachung von internationalen Konferenzen und die Mithilfe bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens. Überdies hat die Armee die verfassungsmässige Pflicht, zur Erhaltung des Friedens.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, muss die Armee laufend in einem Umbruch sein, und darf sich nicht statisch auf wenige Aufgaben konzentrieren. Es ist die Aufgabe des Bundesrates und der Armeeführung, die Bedrohungen frühzeitig zu erkennen, Umstrukturierungen vorzunehmen und die notwendigen Rüstungsgüter zu beschaffen.

Welches sind die politischen Voraussetzungen dazu?

Um den Bedrohungsformen effizient zu begegnen, müssen der Armee in erster Linie die notwendigen finanziellen Mittel sowie die personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Hier steht die SVP

für ein jährliches Armeebudget von 5,4 Milliarden Franken ein. Um Kreditreste möglichst zu verhindern, sind vierjährige Rahmenkredite vorzusehen. Für die neue Legislatur sind somit 21,6 Milliarden Franken zu sprechen. Personell dürfte der

Sollbestand der Armee nicht unter 140 000 Armeeingehörigern liegen. Diese Eckdaten sind zwingend im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee (WEA) ins Militärgesetz aufzunehmen. Bezüglich der Organisationsstruktur sollte der Armee die grösstmögliche Handlungsfreiheit eingeräumt werden,

damit diese sich umgehend einer neuen Bedrohungsphase anpassen kann.

Was will die SVP dazu beitragen?

Im Rahmen der WEA-Debatte im Nationalrat in der Sommersession 2015 zeigte die SVP, wie ernst es ihr ist. Wenn die Mitte-Parteien der Armee die notwendigen finanziellen Mittel nicht garantieren wollen, wird die SVP die Armeereform weiterhin ablehnen. Das Parlament hat sich wiederholt zum Armeebudget geäussert und sich mehrheitlich für einen Sollbestand von 100 000 Armeeingehörigern und ein Budget von 5 Milliarden Franken jährlich ausgesprochen. Die SVP hat diesem Kompromiss zähneknirschend zugestimmt, damit aber auch gleichzeitig eine rote Linie definiert. Bei der Entwicklungshilfe, der Kulturförderung und im Asylbereich spielen für die anderen Parteien die Finanzen offenbar keine Rolle. Die Ausgaben für diese Bereiche steigen laufend an. Es scheint, als ob die SVP die einzige Partei ist, die konsequent für eine glaubwürdige Milizarmee einsteht und ihr auch die notwendigen Mittel gewähren will. ■